

Kurzzusammenfassungen ausgewählter empirischer Beiträge 2008 aus der 7. Folge „Deutsche Zustände“

Wilhelm Heitmeyer

Leben wir immer noch in zwei Gesellschaften? Desintegration und Anerkennungsverhältnisse in Ost- und Westdeutschland

Anna Klein/Beate Küpper/Andreas Zick

Rechtspopulismus und Demokratiekritik: Ergebnis von Benachteiligungsgefühlen

.

Julia Becker/Oliver Christ/Ulrich Wagner/Peter Schmidt

Deutschland einig Vaterland? Identifikationen in Ost- und Westdeutschland.

Andreas Zick/Beate Küpper/Sandra Legge

Mangelnde Zivilcourage gegen Rechtsextremismus!?

Leben wir immer noch in zwei Gesellschaften?

Desintegration und Anerkennungsverhältnisse in Ost- und Westdeutschland

Vor fast 20 Jahren standen wir vor einem Jahr, das die beiden deutschen Staaten und ihre zwei völlig unterschiedlichen Gesellschaften tiefgreifend verändern sollte. Im November 1989 fiel die Mauer.

Willy Brandts oft verstümmelte Formel gibt dagegen wichtige Hinweise: „Aber mit Achtung und Respekt vor dem Selbstgefühl der bisher von uns getrennten Landsleute wird es möglich sein, dass ohne entstellende Narben zusammenwächst, was zusammengehört.“

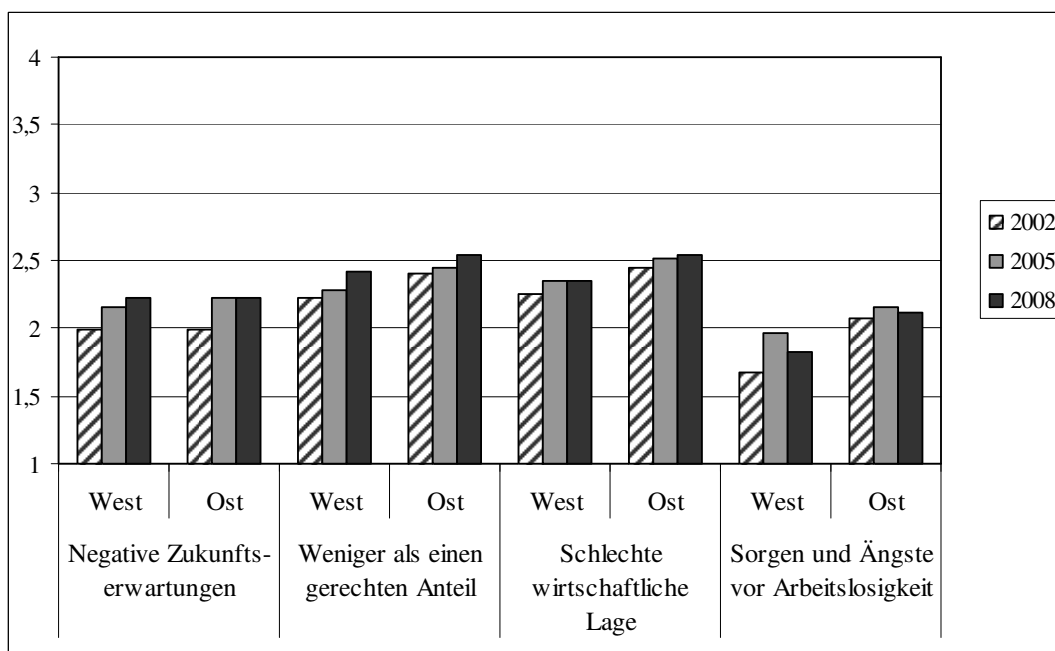
Daraus ergeben sich Fragen, die auf die Integration bzw. Desintegration in der „neuen“ Gesellschaft und auf das Verhältnis und die Anerkennung zwischen Ost und West zielen.

Wie steht es mit der Desintegration in Ost- und Westdeutschland auf der sozialstrukturellen, auf der institutionellen und auf der sozial-emotionalen Ebene?

Auf der sozialstrukturellen Ebene sind im objektiven Bereich die Zahlen eindeutig. Die Arbeitslosigkeit ist in Ostdeutschland deutlich höher und die Differenz nimmt nicht ab.

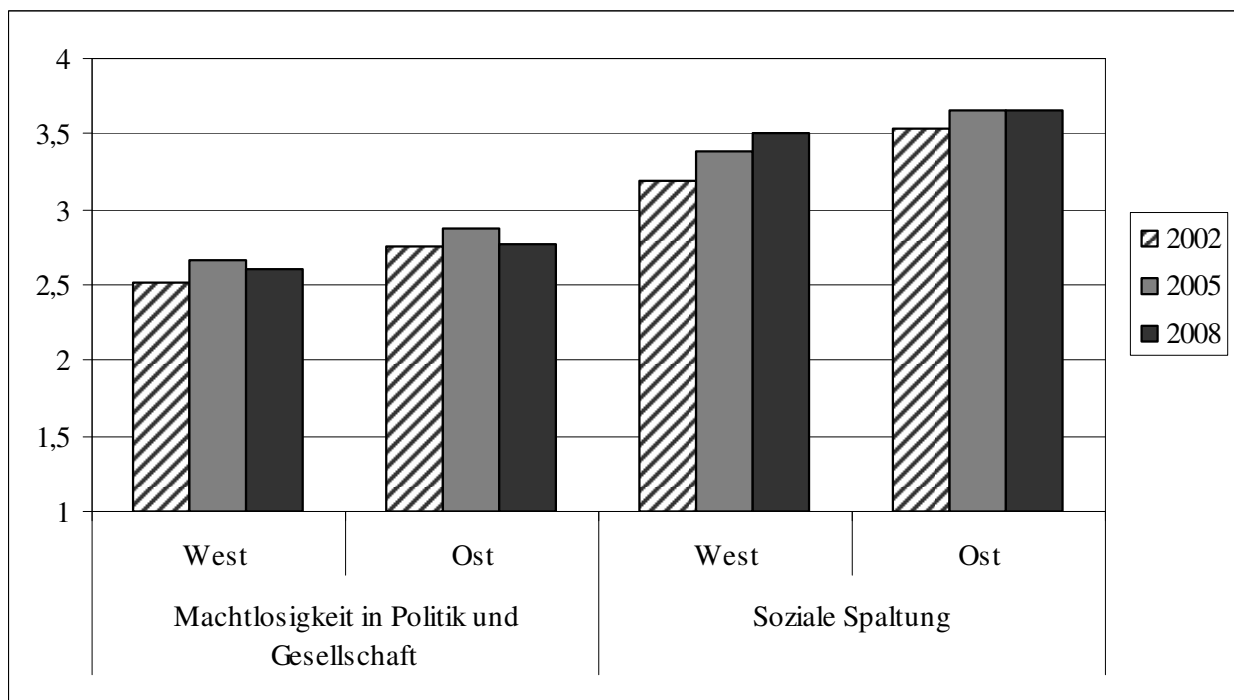
Insofern überraschen weder die im Osten höheren subjektiven Benachteiligungsgefühle noch die größeren Sorgen und Ängste vor Arbeitslosigkeit.

Abb.1: Desintegration, sozialstrukturelle Ebene, GMF-Survey 2002, 2005, 2008, Mittelwerte



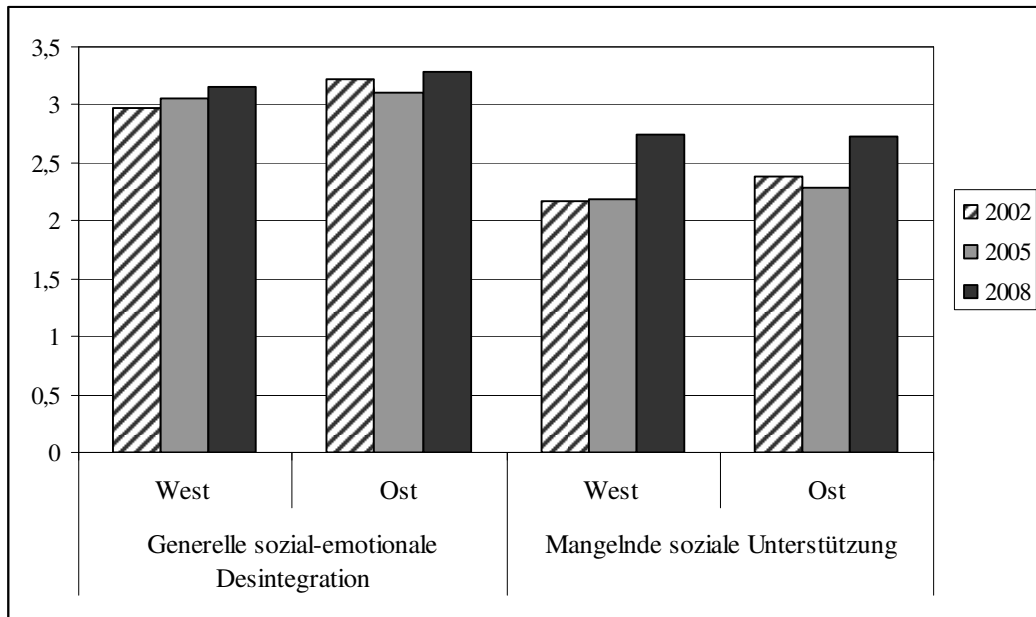
Betrachtet man die Entwicklung der institutionellen Integration in den Ausschnitten von politischer Machtlosigkeit, die sich auf das theoretisch hergeleitete Prinzip der sozialen Gerechtigkeit bezieht, dann ist auch ein Blick auf die Wahrnehmung der sozialen Spaltung zu werfen. Soziale Spaltung bildet sich auch subjektiv als nicht gelungene Durchsetzung von sozialer Gerechtigkeit ab. Sowohl die wahrgenommenen Gefühle der Machtlosigkeit als auch die Wahrnehmung sozialer Spaltung sind jeweils in den letzten 7 Jahren stabil unterschiedlich zwischen Ost- und Westdeutschland – und hinsichtlich der sozialen Spaltung mit einem aufholenden Trend in Westdeutschland.

Abb.2: Desintegration, institutionelle Ebene, GMF-Survey 2002, 2005, 2008, Mittelwerte



Die dritte Dimension der Theorie Sozialer Desintegration fokussiert auf die sozial-emotionale Dimension, die die Vergemeinschaftung im sozialen Nahraum zum Gegenstand hat. Dabei wird eine gleiche Entwicklung in Ost- wie Westdeutschland in den letzten 7 Jahren sichtbar. Die generelle sozial-emotionale Desintegrationsgefahr, z. B. keine Freunde zu finden, ist stabil auf hohem Niveau in Ost- und Westdeutschland. Aufschlussreich ist die parallele deutliche Zunahme mangelnder sozialer Unterstützung im sozialen Nahraum in Ost- wie Westdeutschland. Schlechte Zeiten für den Zusammenhalt in Ost wie West.

Abb.3: Desintegration, sozial-emotionale Ebene, GMF-Survey 2002, 2005, 2008, Mittelwerte



Insgesamt erscheinen die Desintegrationsbedrohungen in Ostdeutschland höher.

Betrachtet man nun das Verhältnis der Ost- und Westdeutschen zueinander, so kann von einer Einheit ebenfalls nicht die Rede sein.

Einig sind sich die Bürgerinnen und Bürger in Ost- und Westdeutschland in der Meinung, dass die Wende viele Nachteile für den jeweiligen Landesteil gebracht hat.

Die gegenseitige Anerkennung der Bürger in Ost- und Westdeutschland erscheint ebenfalls problematisch. Hier sind fast Dreiviertel der Ostdeutschen der Meinung, dass sich Westdeutsche zu wenig um Verständnis der Situation der Ostdeutschen bemühen und ihre Leistungen für den Aufbau unzureichend würdigen. Umgekehrt fühlt sich aber auch gut die Hälfte der Westdeutschen zu wenig für ihre Leistungen gewürdigt und knapp die Hälfte meint, dass die Ostdeutschen sich zu wenig um Verständnis für die Situation der Westdeutschen bemühen.

Diese Zahlen deuten auf eine erhebliche wechselseitige Fremdheit hin.

Tab. 1: Gefühlte Verluste und gegenseitige Anerkennung nach der Wende, GMF Survey 2008, Angaben in Prozent

	West	Ost
	trifft eher/voll und ganz zu	
Die Wende hat den Ost-/Westdeutschen viele Nachteile gebracht	55,9	57,3
Die Leistungen der Ost-/Westdeutschen für den Aufbau der neuen Bundesländer werden zu wenig gewürdigt	53,9	75,2
Die Ost/Westdeutschen bemühen sich zu wenig um Verständnis um die Situation der Ost/Westdeutschen	44,1	72,4
	eher auf der Verliererseite	
Man spricht von Gewinnern und Verlierern der deutschen Vereinigung. Fühlen Sie sich eher auf der Gewinner- oder Verliererseite?	27,0	32,5

Eher wenige Befragte wollen sich auf der Verliererseite der Einheit sehen, dies sagen 27% im Westen und 32,5% im Osten. Der Großteil der Befragten gibt hier an, weder auf der Gewinner- noch auf der Verliererseite zu stehen.

Die Fremdheit von Ost- und Westdeutschen zeigt sich auch, wenn es um die Frage der freundschaftlichen Kontakte untereinander und die Bereitschaft, im anderen Landesteil zu leben oder diesen zu besuchen, geht. Interessant ist, dass die Bereitschaft im anderen Landesteil zu leben, auf beiden Seiten durchaus vorhanden zu sein scheint. 45% der Westdeutschen könnten sich dies vorstellen, und 42% der Ostdeutschen könnten sich vorstellen in Westdeutschland zu leben. Konkrete Ambitionen, solche Pläne zu verwirklichen gibt es aber kaum. Nur 15% geben an, auch wirklich in den anderen Landesteil ziehen zu wollen, wenn es möglich wäre. Insbesondere die Westdeutschen bleiben eher unter sich. So geben nur 21% der Westdeutschen an, ostdeutsche Freunde und Bekannte zu haben. Umgekehrt sind es hingegen immerhin 33%. Die Ostdeutschen scheinen auch eher nach Westdeutschland zu reisen. Zumindest geben 33% der Ostdeutschen an, schon mal länger als einen Monat im Westen gewesen zu sein. Bei den Westdeutschen ist eine längere Reise nach Ostdeutschland seltener, nur 17% geben dies an.

Tab. 2: Kontakte und Kontaktbereitschaft der West- und Ostdeutschen miteinander, GMF Survey 2008, Angaben in Prozent

	West	Ost
	ja	
Waren Sie schon einmal länger als einen Monat in West/Ostdeutschland?	17,1	33,8
	sehr/eher viele	
Wie viele Ihrer Freunde und guten Bekannten sind West/Ostdeutsche?	20,6	32,8
	trifft eher/voll und ganz zu	
Ich kann mir gut vorstellen, in West/Ostdeutschland zu leben	45,0	41,7
Wenn ich könnte, würde ich nach West/Ostdeutschland ziehen	14,6	15,0

Betrachtet man die Beurteilung zur Vereinigung, so fällt zunächst auf, dass trotz aller Probleme die ganz überwiegende Mehrheit der Meinung ist, es sei gut, dass die beiden Staaten und Gesellschaften vereinigt wurden.

Eine Mehrheit der Ostdeutschen glaubt, dass die Deutschen immer noch grundverschieden sind. In Westdeutschland glaubt mehr als die Hälfte der Befragten, dass man noch immer sehr verschieden sei.

In beiden Landesteilen ist die Einschätzung, ob es gelingt, dass Deutschland zusammenwächst, eher negativer geworden. Während 1993 noch 63% der Westdeutschen und 47% der Ostdeutschen glaubten, dass das Zusammenwachsen gelingen werde, so sind dies im Jahr 2004 nur noch 54% der Westdeutschen und 44% der Ostdeutschen (Noelle 2004). Andererseits ist der Anteil derer, die meinen, dass die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen überwiegen, weiter gesunken. Dies sagten im Jahr 2006 nur noch 34% der Ostdeutschen und 28% der Westdeutschen (Noelle/Petersen 2006).

Dass die Vereinigung in Westdeutschland optimistischer beurteilt wird, muss verwundern, wenn die Einschätzung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Lage vor und nach der Wende ins Blickfeld gerät. Während in beiden Landesteilen die wirtschaftliche, politische und soziale Situation heute von ca. 55% sehr oder eher gut eingeschätzt wird, so sagen dies 85% der Westdeutschen für die ehemalige BRD, jedoch nur 42% der Ostdeutschen für die ehemalige DDR. Es hat sich also für die Westdeutschen eine Verschlechterung ergeben, für die Ostdeutschen eher eine Verbesserung.

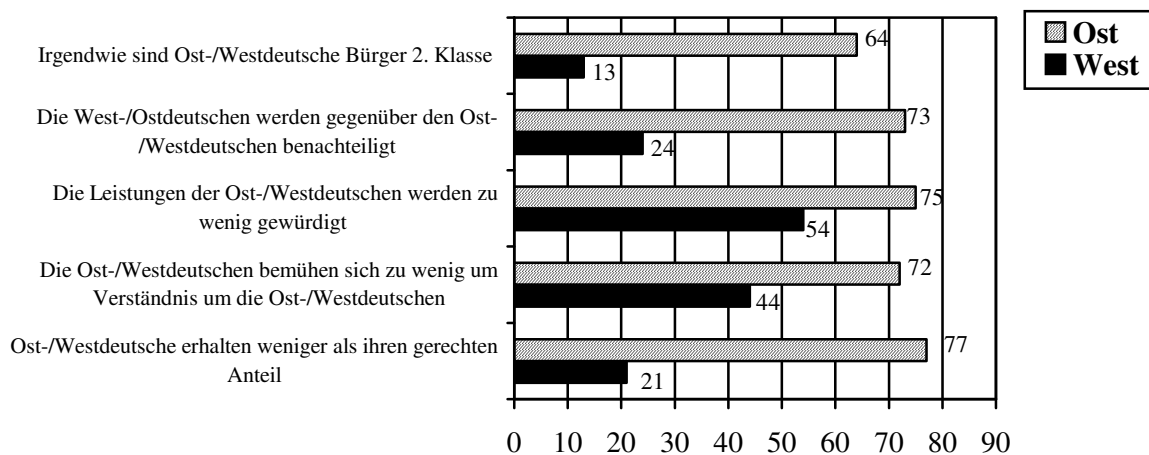
Tab. 3: Positionen zur Vereinigung im GMF Survey 2008, Angaben in Prozent

	West	Ost
	trifft eher/voll und ganz zu	
Es ist gut, dass Deutschland wiedervereinigt wurde.	89,0	91,0
Ost- und Westdeutschland sind zusammengewachsen.	59,8	41,3
Ost- und Westdeutsche sind immer noch grundverschieden.	55,3	67,4
	sehr/eher gut	
Ganz allgemein betrachtet, wie gut oder schlecht finden Sie rückblickend den politischen, ökonomischen und sozialen Zustand Deutschlands vor der Wende, also vor 1989 in der früheren Bundesrepublik/ehemaligen DDR?	84,6	41,8
Ganz allgemein betrachtet, wie gut oder schlecht finden Sie den politischen, ökonomischen und sozialen Zustand Deutschlands wie er heute ist?	54,7	56,0

Rechtspopulismus und Demokratiekritik: Ergebnis von Benachteiligungsgefühlen

Das Gefühl der Benachteiligung gegenüber Westdeutschland ist unter Ostdeutschen weit verbreitet. Umgekehrt fühlen sich Westdeutsche nur selten gegenüber Ostdeutschen benachteiligt.

Abb. 1: Benachteiligungsgefühle in Ost und Westdeutschland, GMF-Survey 2008, Zustimmung in Prozent



64% der Ostdeutschen sind der Meinung, dass Ostdeutsche „irgendwie Bürger zweiter Klasse“ sind und 73% meinen, dass „die Ostdeutschen gegenüber den Westdeutsche benachteiligt werden“. Umgekehrt meinen nur 13% der Westdeutschen, dass Westdeutsche „irgendwie Bürger zweiter Klasse“ sind und nur knapp ein Viertel der Westdeutschen fühlt sich gegenüber den Ostdeutschen benachteiligt (vgl. Abb. 1).

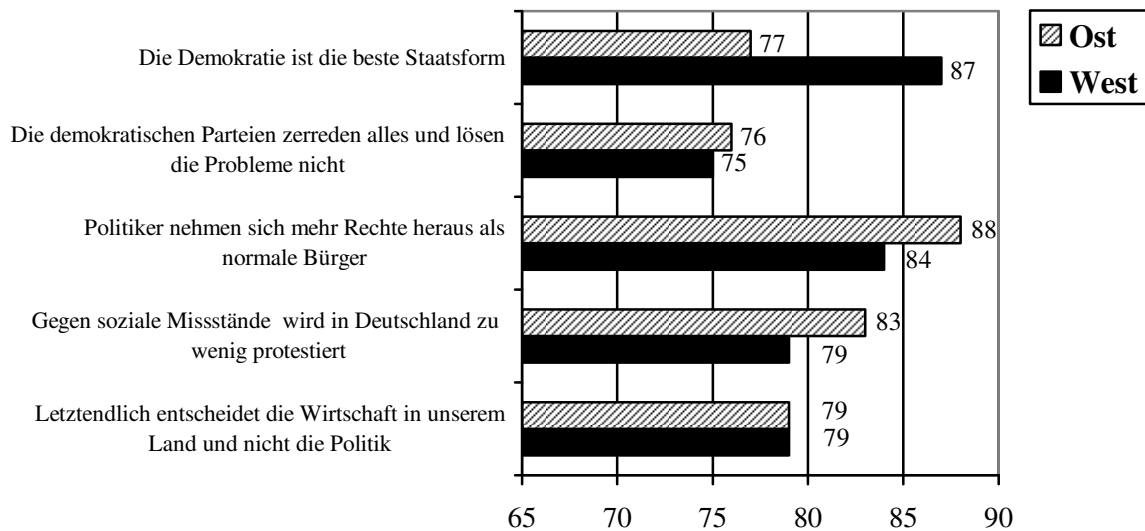
Ost- und Westdeutsche unterscheiden sich auch in ihrem Verhältnis zur Demokratie. Westdeutsche erkennen die Demokratie als beste Staatsform deutlich häufiger an als Ostdeutsche.

Die Kritik an der Problemlösungsfähigkeit demokratischer Parteien ist in Ostdeutschland kaum verbreiteter als in Westdeutschland.

Dass Politiker sich mehr Rechte herausnehmen als Bürger meinen 84% der Westdeutschen und 88% der Ostdeutschen.

Aber auch die Rolle der Zivilgesellschaft wird kritisch gesehen: Ostdeutsche sind ebenfalls etwas häufiger der Meinung, dass die Leute sich zuwenig in die Politik einmischen. Schließlich sind in Ost wie West knapp 80% der Meinung, dass die Wirtschaft anstelle der Politik die Entscheidungen trifft (vgl. Abb. 2).

Abb. 2: Demokratiekritische Einstellungen in Ost- und Westdeutschland, GMF-Survey 2008, Zustimmung in Prozent



Was haben Benachteiligungsgefühle und demokratiekritische Einstellungen nun mit Rechtspopulismus zu tun?

Könnte es sein, dass Personen sich vom demokratischen Meinungsspektrum abwenden, wenn sie sich im eigenen Land so stark benachteiligt fühlen und eine deutliche Unzufriedenheit mit der Demokratie ausdrücken?

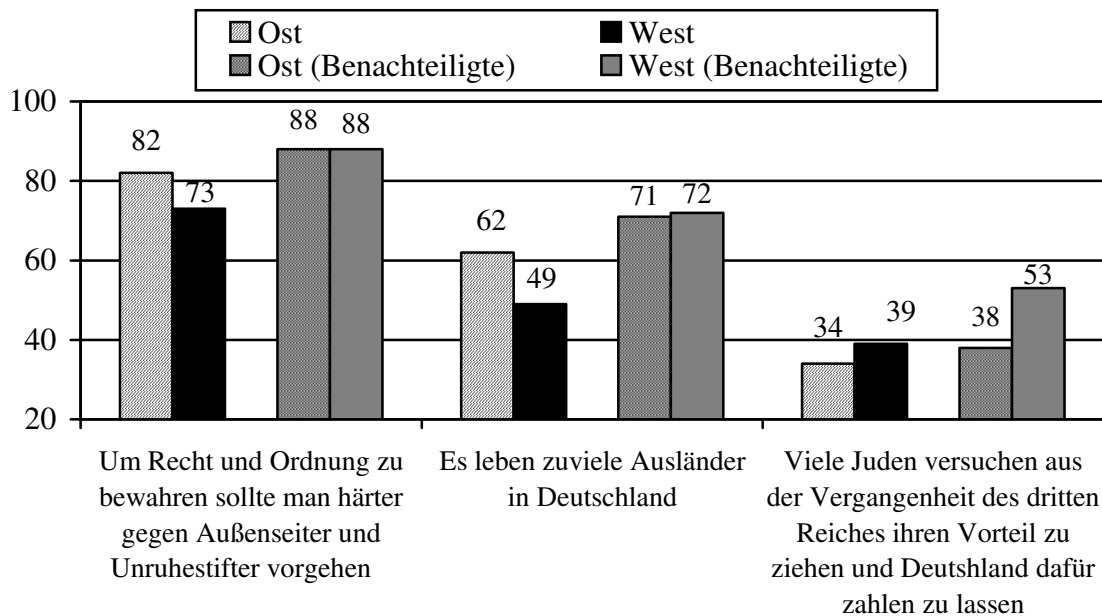
Rechtspopulistische Einstellungen sind in Ostdeutschland etwas verbreiteter als in Westdeutschland. Rechtspopulismus definieren wir als Einstellungsmuster aus autoritären Law-and-Order Haltungen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Einstellungen.

Betrachtet man die Unterschiede getrennt, so zeigt sich, dass die höheren Werte beim Rechtspopulismus auf den höheren Autoritarismus und die stärker ausgeprägte Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland zurückgehen. Antisemitische Einstellungen sind hingegen im Westen weiter verbreitet.

Beim Autoritarismus vertreten 82% der Ostdeutschen die Meinung, dass man härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorgehen sollte, während dies 73% der Westdeutschen fordern. Vergleicht man aber nur jene Personen, die sich gegenüber dem anderen Teil Deutschlands benachteiligt fühlen, dann verschwinden die Unterschiede. D.h. Westdeutsche, die sich

gegenüber Ostdeutsche benachteiligt fühlen, sind ebenso autoritär eingestellt wie Ostdeutsche, die sich gegenüber Westdeutschland benachteiligt fühlen.

Abb. 3: Facetten rechtspopulistischer Einstellungen in Ost und Westdeutschland sowie bei Personen mit Benachteiligungsgefühlen, GMF-Survey 2008, Zustimmung in Prozent



Ähnliches zeigt sich bei der Fremdenfeindlichkeit. Ostdeutsche sind deutlich häufiger der Meinung, dass zu viele Ausländer in Deutschland leben. Betrachtet man aber nur Personen mit Benachteiligungsgefühlen, dann verschwindet der Unterschied. Beim Antisemitismus verhält es sich etwas anders. Hier sind die Westdeutschen ohnehin etwas antisemitischer eingestellt als die Ostdeutschen. Vergleicht man nun nur Personen mit Benachteiligungsgefühlen, dann wird der Unterschied noch deutlicher (vgl. Abb. 3).

Wir können also zeigen, dass die gefühlte Benachteiligung der Ostdeutschen deutlich dazu beiträgt, dass fremdenfeindliche und autoritäre Einstellungen, die zum rechtspopulistischen Einstellungsmuster gehören, verbreiteter sind. Wären die Benachteiligungsgefühle in Westdeutschland ähnlich hoch, so wären rechtspopulistische Einstellungen dort mindestens genauso verbreitet.

Gefühlte Benachteiligung drückt auch das Gefühl aus, ungerecht behandelt zu werden. Und dies hat wiederum Folgen für die Bewertung der Demokratie. Die Benachteiligungsgefühle sind in Ost wie West eng verbunden mit der Bewertung der Demokratie als bester Staatsform und der Kritik an demokratischen Parteien und Politikern.

Es besteht jedoch kaum ein Zusammenhang mit der Kritik an der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft (vgl. Tab. 1). Diesen beiden Varianten demokratiekritischer Einstellungen kommt eine Sonderrolle zu. Und das gilt auch für den Zusammenhang mit rechtspopulistischen Einstellungen.

Tab. 1: Zusammenhang von Benachteiligungsgefühlen und demokratiekritischen Einstellungen, GMF-Survey 2008, Korrelationen

	Benachteiligungsgefühle	
	Ost	West
Die Demokratie ist die beste Staatsform	,31***	,35***
Die demokratischen Parteien zerreden alles und lösen die Probleme nicht	,20***	,33***
Politiker nehmen sich mehr Rechte heraus als normale Bürger	,34***	,31***
Letztendlich entscheidet die Wirtschaft in unserem Land und nicht die Politik	-,07	,07*
Die Leute mischen sich zu wenig in die Politik ein	,11*	,09*

Korrelationen (Zusammenhangsmaße) sind *** signifikant bei 0,1%-Irrtumswahrscheinlichkeit bzw. * signifikant bei 5%-Irrtumswahrscheinlichkeit oder nicht signifikant (ns).

Die Ablehnung der Demokratie als beste Staatsform und insbesondere die Kritik an Politikern stehen mit rechtspopulistischen Einstellungen in Verbindung. Für die Kritik an zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Akteuren gilt dies jedoch nicht (vgl. Tab. 2). Demokratiekritische Haltungen sind also nicht in jedem Fall demokratiefeindlich im Sinne einer zunehmenden Abwertung schwacher Gruppen.

Tab. 2: Zusammenhang von Benachteiligungsgefühlen und demokratiekritischen Einstellungen, GMF-Survey 2008, Korrelationen

	Rechtspopulismus	
	Ost	West
Die Demokratie ist die beste Staatsform	,21***	,31***
Die demokratischen Parteien zerreden alles und lösen die Probleme nicht	,08*	,24***
Politiker nehmen sich mehr Rechte heraus als normale Bürger	,29***	,37***
Letztendlich entscheidet die Wirtschaft in unserem Land und nicht die Politik	-,02	,05
Die Leute mischen sich zu wenig in die Politik ein	,13*	,05

Korrelationen (Zusammenhangsmaße) sind *** signifikant bei 0,1%-Irrtumswahrscheinlichkeit bzw. * signifikant bei 5%-Irrtumswahrscheinlichkeit oder nicht signifikant (ns).

Zusammenfassung:

Westdeutsche, die sich benachteiligt fühlen, sind mindestens ebenso demokratiekritisch und rechtspopulistisch eingestellt wie Ostdeutsche. Die in Ostdeutschland stärker verbreiteten

Benachteiligungsgefühle können erklären, warum Ostdeutsche demokratiekritischer und rechtspopulistischer eingestellt sind.

Demokratiekritische Einstellungen stehen nicht unbedingt in Zusammenhang mit Benachteiligungsgefühlen und rechtspopulistischen Einstellungen. Während die Kritik an Politikern und Parteien eher problematisch erscheint, führt die Kritik an Akteuren aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft nicht dazu, dass Menschen rechtspopulistische Einstellungen übernehmen.

Julia Becker/Oliver Christ/Ulrich Wagner/Peter Schmidt

Deutschland einig Vaterland? Identifikation in Ost- und Westdeutschland

Vor fast 20 Jahren ist die Mauer zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik gefallen. Sind nach dieser langen Zeit Ost- und Westdeutschland immer noch Bezugspunkte für die Identitätsfindung der Menschen? Oder identifizieren die Menschen in Deutschland sich eher mit Deutschland als Ganzem? Und, wie wirken sich Identifikationen mit Ost- oder Westdeutschland und mit Deutschland insgesamt auf Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aus? Dies sind Fragen, denen wir anhand der GMF Umfragen der letzten Jahre und vergleichbaren Allbus-Ergebnissen (Allgemeine Deutsche Bevölkerungsumfrage) nachgegangen sind.

Unsere Ergebnisse zeigen, dass die Identifikation mit Ostdeutschland zwischen 1991 und 2000 bei den Ostdeutschen zugenommen hat. Die Identifikation der Westdeutschen mit „ihrem“ Teil der Republik hat im selben Zeitraum abgenommen (vgl. Abb.1).

Abb. 1: Prozentsatz derjenigen Befragten, die gefühlsmäßig „stark“ oder „ziemlich stark“ mit Ost-/ West-/ Deutschland verbunden sind, 1991, 2000 (ALLBUS)

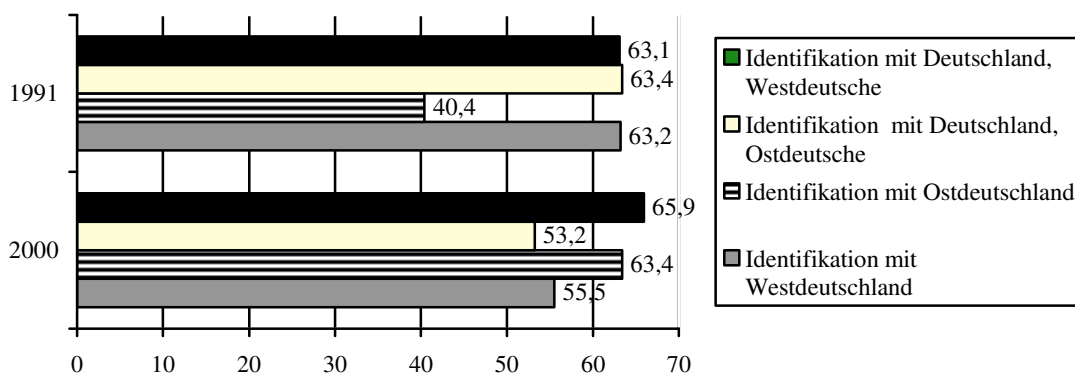
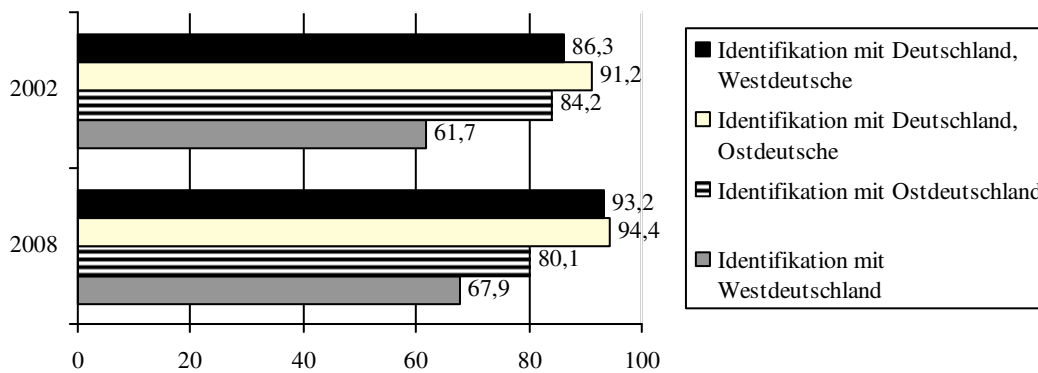


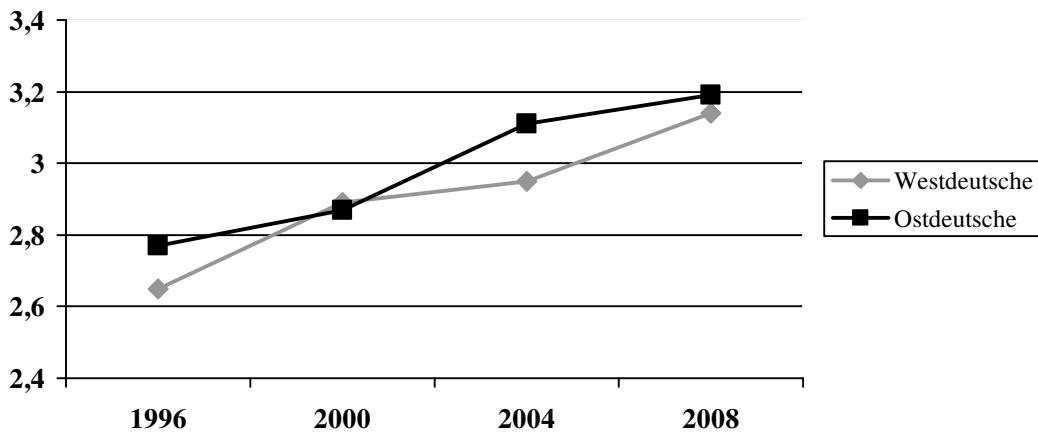
Abb. 2: Prozentsatz derjenigen Befragten, die sich „sehr“ oder „eher“ als Ostdeutsche/Westdeutsche/Deutsche fühlen, 2000, 2008 (GMF)



Im Jahr 2008 identifizieren sich die Ostdeutschen stärker mit Ostdeutschland als die Westdeutschen mit Westdeutschland. In Ost- und Westdeutschland ist die Identifikation mit Deutschland insgesamt im Jahr 2008 auf einem vergleichbar hohem Niveau (vgl. Abb.2).

Der Nationalstolz der Deutschen („Ich bin stolz darauf, Deutsche/Deutscher zu sein“) hat von 1996 bis 2008 kontinuierlich zugenommen (vgl. Abb.3).

Abb. 3: Entwicklung von Nationalstolz (Mittelwerte) 1996 (ALLBUS), 2000 (ALLBUS) und 2008 (GMF) getrennt nach Ost- und Westdeutschland



Deutschland scheint also mehr und mehr gefühlsmäßig zum gemeinsamen Vaterland zu werden, wobei die Ostdeutschen noch vergleichsweise stark auch an ihrem Teil des Landes hängen. Allerdings, die wachsende Identifikation mit dem eigenen Land und der wachsende Nationalstolz haben auch sehr bedenkenswerte negative Konsequenzen: Sie gehen einher mit der Ablehnung derjenigen, die nicht bereits auf den ersten Blick dazu gehören: Es zeigen sich signifikante Korrelationen mit Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Islamphobie. Darüber hinaus machen unsere Daten deutlich, dass nicht nur Nationalstolz zu mehr Fremdenfeindlichkeit führt,

sondern auch die Identifikation mit Ost- oder Westdeutschland Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Islamphobie erhöht (vgl. Tabelle 1).

Tab. 1: Zusammenhänge (standardisierte Beta-Gewichte) von Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Islamphobie mit Identifikation mit Ost/Westdeutschland und Nationalstolz, GMF 2008, getrennt für Ost- und Westdeutschland

	Fremden- feindlichkeit	Anti- semitismus	Islam- phobie
Identifikation mit Ostdeutschland/ Westdeutschland	.23***/.18***	.09*/.15***	.17***/.14***
Nationalstolz in Ostdeutschland/ Westdeutschland	.17***/.23***	.12***/.13***	.25***/.28**

p < .05; ** p < .01; *** p < .001

Unser Fazit aus diesen Ergebnissen ist: Vorsicht mit allen Formen von nationaler Identifikation, wenn Deutschland und die Deutschen weltoffen auftreten wollen.

Andreas Zick / Beate Küpper / Sandra Legge

Mangelnde Zivilcourage gegen Rechtsextremismus!?

Zur Geschichte des vereinten Deutschlands gehört auch ein neuer Rechtsextremismus, der zunehmend die Frage nach der Zivilcourage aufwirft. Wie steht es um die Zivilcourage in Deutschland? Sind die Menschen im Osten tatsächlich weniger couragiert, wenn es um rechtsextreme Vorfälle geht? Woran liegt es, dass Menschen nicht bereit sind, etwas gegen den Rechtsextremismus zu tun?

Andreas Zick, Beate Küpper und Sandra Legge haben erstmalig ein 5-Stufen Modell der Zivilcourage auf couragiertes Verhalten gegenüber Rechtsextremismus übertragen. Zivilcourage wird als staatsbürgerlicher Mut betrachtet, der sich nicht allein auf die konkrete Situation rechtsextremer Überfälle beschränkt, sondern sich in Widerspruch, Widerstand, Protest oder aktivem Engagement in Bürgerinitiativen erweist.

Die Zivilcourage wurde mit neun Aussagen erfasst. Sie sind in Tabelle 1 mit den Prozentsätzen für die Zustimmung und Ablehnung abgedruckt. Die Ergebnisse zeigen: Die pauschale Unterstellung, Ostdeutsche seien weniger bereit, couragiert gegen Rechtsextremismus zu handeln als Westdeutsche, bestätigt sich nicht!

1. Wahrnehmung von Rechtsextremismus: Eine überwältigende Mehrheit der Deutschen (83 %) haben *schon häufig von rechtsextremen Vorfällen gehört*. Über 92% finden es *bedrohlich, wenn der Rechtsextremismus zunimmt!* Allerdings: Ostdeutsche finden eine Zunahme von Rechtsextremismus überzufällig weniger bedrohlich als Westdeutsche dies tun.

2. Interpretation des Rechtsextremismus als Problem: Trotz der enormen Wahrnehmung des Problems ist mehr als die Hälfte der Befragten der Ansicht, dass das Thema Rechtsextremismus *in den Medien „hochgekocht“* wird (West: 53 %; Ost: 51 %), und weit über ein Drittel der Befragten stimmen der Ansicht zu, dass *über den Rechtsextremismus viel zu viel geredet wird* (West: 38,4 %; Ost: 40,6 %). Ost- und Westdeutsche unterscheiden sich hierbei statistisch nicht überzufällig.

3. Übernahme von Verantwortung: Über die Hälfte der Befragten (West: 54,4 %; Ost: 54,2 %) weisen eine eigene Verantwortung zurück und sind der Meinung, *Experten sollten sich mit dem Thema befassen*.

4. Strategie des Eingreifens: Mehr als ein Drittel der Befragten (West: 35,7 %; Ost: 39,2 %) sind der Ansicht, es sei *am besten, die Rechten gar nicht zu beachten*. Fast 30 Prozent drücken jedoch auch ihre Hilflosigkeit aus, sie wüssten nicht, *was man gegen den Rechtsextremismus überhaupt tun sollte*, wobei hier signifikant mehr westdeutsche Befragte zustimmen (West: 29,7 %; Ost: 25 %).

5. Handeln: Über 90% der Befragten in Ost und West stimmen zu, dass man *dringend etwas gegen den Rechtsextremismus unternehmen müsse!* Noch mehr als Westdeutsche plädieren Ostdeutsche für ein Eingreifen. Auch die eigene Handlungsbereitschaft ist hoch - in Ost und West (Gesamt: 80%). Lediglich rund jeder fünfte Bundesbürger ist *nicht bereit, selbst etwas gegen den Rechtsextremismus zu unternehmen* (West: 18,1 %; Ost: 21,6 %).

Die pauschale Unterstellung, Ostdeutsche seien weniger bereit, couragiert gegen Rechtsextremismus zu handeln als Westdeutsche, bestätigt sich nicht! Allerdings erkennen ostdeutsche Befragte Rechtsextremismus etwas seltener als Bedrohung, was erklären könnte, dass später aktives Eingreifen eher ausbleibt.

Je jünger die Befragten und je stärker sie sich politisch links positionieren, desto eher sind sie zum Engagement gegen Rechtsextremismus bereit. Gerade junge, gut gebildeten Befragten aus den ostdeutschen Bundesländern zeigen die höchste Sensibilität für das Problem des Rechtsextremismus und sind mehr als alle anderen bereit, sich selbst dagegen einzusetzen.

Wie ist es um die Zivilcourage in Stadtteilen und Gemeinden bestellt, in denen die NPD¹ über die Erst- oder die Zweitstimme einen Wahlerfolg von 5 Prozent und mehr der Stimmen bei der letzten Bundestagswahl erzielte?² Geht es um die Wahrnehmung, Interpretation und Verantwortungsübernahme beim Rechtsextremismus, unterscheiden sich Befragte in diesen Regionen überraschend wenig von anderen.

Doch sind sie überzufällig eher der Ansicht, dass über den Rechtsextremismus „viel zu viel geredet wird“, meinen eher, es sei strategisch am besten, „die Rechten gar nicht zu beachten“ und signalisieren seltener eigene Handlungsbereitschaft. Zugleich sind sie jedoch stärker der Ansicht, gegen den Rechtsextremismus müsse gehandelt werden. Die eigene Zögerlichkeit scheint dabei weniger in der eigenen Angst vor den Rechten begründet – das Gefühl der Bedrohung durch den Rechtsextremismus ist hier nicht größer als anderswo.

Zivilcourage sinkt, wo die NPD als normal wahrgenommen wird!

Befragte aus Regionen mit nennbarem Wahlerfolg rechter Parteien sind überzufällig eher der Ansicht, *die NPD ist eine „normale“ Partei, wie jede andere* (Zustimmung West: 12,3%, Ost: 16%). In diesen Regionen bröckelt das Tabu gegen die Rechten, und *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* ist auch in der normalen Bevölkerung verbreiteter. Dies gilt, es sei noch einmal betont, nicht für ‚den Osten‘ per se, sondern für Regionen, in denen rechtsextreme Parteien erfolgreich sind. Umso wichtiger ist es unserer Meinung nach, die schleichende Normalisierung der Menschenfeindlichkeit zu durchbrechen.

Tabelle: Zivilcouragierten Äußerungen unter west- (W) und ostdeutschen (O) Befragten, GMF Survey 2008, Angaben in Prozent

<i>Ich stimme ...</i>		<i>...überhaupt nicht zu</i>	<i>...eher nicht zu</i>	<i>...eher zu</i>	<i>...voll und ganz zu</i>	<i>gültige N</i>
Wahrnehmung						
1. Ich habe schon häufig von rechtsextremen Vorfällen gehört.	W	4,3	12,2	30,1	53,3	1095
	O	7,6	7,1	25,9	59,5	634
2. Ich finde es bedrohlich, wenn der Rechtsextremismus zunimmt.	W	1,2	5,3	15,3	78,2	1104
	O	5,5	4,9	10,6	79,0	633
Interpretation						
3. Der Rechtsextremismus wird in den Medien hoch gekocht.	W	13,3	33,7	33,0	20,0	1091
	O	17,0	31,9	28,0	23,0	617

¹ Da alle anderen Parteien, die dem rechten Spektrum zuzuordnen sind, die 5 Prozent-Hürde weder über die Erst- noch über die Zweitstimme in einer der 441 Kreise Deutschlands bei der letzten Bundestagswahl erzielten, beschränkt sich die Gruppeneinteilung auf das Ergebnis der NPD.

² In diesen Kreisen unterscheiden sich die Befragten nicht von anderen, etwa was Bildung und Einkommen betrifft, doch liegen diese Regionen ausnahmslos in den neuen Bundesländern.

4. Über den Rechtsextremismus wird viel zu viel geredet.	W	21,2	40,4	19,2	19,2	1091
	O	22,7	36,7	20,8	19,8	630
Verantwortung						
5. Damit sollen sich Experten beschäftigen.	W	19,2	26,5	21,0	33,4	1100
	O	19,0	26,8	18,4	35,8	626
Strategie						
6. Es ist am besten, die Rechten gar nicht zu beachten.	W	30,4	33,9	13,5	22,2	1100
	O	29,6	31,2	13,1	26,1	632
7. Ich wüßte nicht, was man gegen den Rechtsextremismus tun sollte.	W	31,4	38,9	18,5	11,2	1058
	O	41,2	33,8	12,5	12,5	624
Eingreifen						
8. Gegen den Rechtsextremismus muß man dringend etwas unternehmen.	W	1,4	8,1	21,2	69,0	1106
	O	1,3	5,4	13,9	79,5	635
9. Ich bin bereit, etwas gegen Rechtsextremismus zu tun.	W	6,5	11,6	36,8	45,1	1081
	O	7,0	14,6	29,1	49,3	629

Anm.: Nach Repräsentativität disproportional gewichtete Stichprobe. Grau unterlegt ist die mangelnde Zustimmung zu Zivilcourage